



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/166 - 23. Juli 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Ein neuer Anschlag auf Berlin/Langwellensender gefährdet	S. 1
Das erste Jahrbuch der Internationalen	S. 3
Sonderminister Kraft - Präsident des Bundesausgleichsamtes?	S. 5
Zusammenschluss OVP (Saar) und Zentrum	S. 7

Mit halbem Herzen

J.F.W. Am 5. Juli unterzeichneten Berlins Regierender Bürgermeister Dr. Suar und der russische Stadtkommandant in Karlshorst ein Protokoll, das nach elf Jahren die Räumung des Funkhauses an der Westberliner Masurernallee durch die Russen regelte. Der langgestreckte Klinikerbau, mit mehr als 400 Zimmern, mit zahlreichen Studios und Sendesälen eines der grössten Funkhäuser Europas, steht damit dem deutschen Rundfunk wieder zur Verfügung. Das seit je her für den Sitz des Langwellensenders vorgesehene Funkhaus ist frei.

An demselben 5. Juli trafen sich in Bonn unter Vorsitz des Staatssekretärs Eisek Sprecher der an der Langwellenfrage interessierten Bundesbehörde mit den Vertretern der Länder-Regierungen und mit den Intendanten einiger Rundfunkanstalten. Sie einigten sich auf eine baldige Arbeitsaufnahme des Langwellensenders. Aber gegen den Widerspruch des Berliner Bevollmächtigten und des Vertreters des Senders Fr. Los Berlin sprachen sie sich für Hagenburg als Sitz des Langwellensenders und seiner Chefredaktion aus. Eine offizielle Bekanntgabe dieses befreundenden Ergebnisses der Bonner Sitzung erfolgte nicht. Nur allzu begreiflich, denn wie wäre in der Öffentlichkeit auf die gleiche Verständnislosigkeit gestossen, mit der die Bevölkerung den taktischen Manövern um den Langwellensender gegenübersteht, seitdem die Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten im November 1950 (!) den Beschluss fasste, "kurzfristig" einen deutschen Langwellensender in Betrieb zu nehmen.

In diesen jetzt schon mehr als fünf Jahren andauernden Auseinander-

setzungen zwischen der Bundesregierung, den Ländern, den Alliierten und den Rundfunkanstalten um Standort, Organisation, Arbeitsweise und Aufgaben des Langwellensenders ist der grosse und gute Gedanke, einen Kristallisationspunkt der deutschen Zusammengehörigkeit über die Zonengrenzen hinweg zu schaffen, immer stärker von den Eigeninteressen der Beteiligten überwuchert worden. Die Hauptverantwortung für diese beschämende Entwicklung trägt die Bundesregierung, die Jahre hindurch darauf bestand, den Sender zu ihrem politischen Machtinstrument zu machen. Aber auch nachdem diese Schwierigkeiten durch einen unbefriedigenden Kompromiss zwischen dem Prinzip der Rundfunkunabhängigkeit und dem Verlangen der Bundesregierung nach redaktionellem Einfluss überbrückt waren, blieb die Frage nach dem Sitz des Langwellensenders offen.

Auf sozialdemokratische Initiative hin sprachen sich die Bundestagsausschüsse für Gesamtdeutsche Fragen und für Fragen der Presse, des Rundfunks und des Films für Berlin als Sitz des Senders aus. Auch der Bundeskanzler vertrat in der Öffentlichkeit einer Berliner Pressekonferenz den gleichen Standpunkt. Hinter den verschlossenen Türen des Verhandlungszimmers aber, in dem die Vertreter der Regierungen von Bund und Ländern mit den Rundfunkintendanten die Organisationsfragen des Langwellensenders zu handelten, widersetzten sich die Sprecher der Bundesregierung dem Aufbau des Senders in Berlin.

So kam es zu der Empfehlung, Hamburg zum Sitz des Langwellensenders zu machen. Die Rundfunkintendanten stimmten zu, weil sie in ihrer Mehrzahl glauben, dass ein Betrieb des Senders in Hamburg unter Verantwortung des NDR am besten in die Konstruktion ihrer Arbeitsgemeinschaft passt. Die Bundesregierung errechnet sich grössere Einflussmöglichkeiten auf eine Sender-Redaktion in Hamburg als in der freieitlichen Atmosphäre der alten Hauptstadt. Die ursprüngliche Absicht, mit dem Langwellensender eine gesamtdeutsche Repräsentanz zu schaffen, eine Aufgabe, der seine Redaktion allein in Berlin gerecht werden kann, soll taktischen Interessen geopfert werden. Eine halbherzige Verlegenheitslösung, soll eine eindrucksvolle und überzeugende Entscheidung ersetzen.

In letzter Stunde hat jetzt die sozialdemokratische Bundestagsfraktion in einer Sondersitzung anlässlich des Münchener Parteitages einen Entschliessungsantrag an den Bundestag gerichtet, der die Bundesregierung verpflichten soll, alles zu tun, um Sitz und Chefredaktion des

Langwellensenders in Berlin zu errichten. Der Bundestag wäre gut beraten, wenn er diesem Appell zustimmen würde. Er kann damit immer noch verhindern, dass der Langwellensender aus einem Anliegen aller Deutschen zu einem blossen Zusatz-Sender des NDR wird. Er kann sicherstellen, dass eine wirkliche Stimme Deutschlands, freudig begrüßt von allen Hörern aus ganz Deutschland, in den Äther strahlt. Er kann damit die Gefahr ausschliessen, dass ein Sender entsteht, der von weiten Kreisen mit Gleichgültigkeit, wenn nicht, wegen der offensichtlichen innerpolitischen Nebenabsichten der Bundesregierung, sogar mit Misstrauen betrachtet wird.

* * *

Ein sozialistisches Dokument

F.S. Wenige Jahre vor dem Kriege verhandelte der sozialistische Verleger, Eugene Prager mit dem Sekretär der Internationale, Friedrich Adle über die Herausgabe eines Jahrbuches für die ihr angeschlossenen Organisationen. Die sich in schneller Folge abwickelnden Ereignisse, die schliesslich zum Kriege führten, liessen die Pläne nicht ausreifen. Rund zwanzig Jahre später nahm Eugene Prager, der jetzige Inhaber des "Lincolns-Prager Verlag" in London, von neuem die Verhandlungen mit dem Resultat auf, dass vor einigen Tagen das erste "Jahrbuch der Internationalen Sozialistischen Arbeiterbewegung, 1956-1957" erschienen ist. Der kürzlich zurückgetretene Sekretär der Internationale, Julius Braunthal, zeichnet als Autor dieser Publikation, die sehr schnell als eine der wichtigsten politischen Informationsquellen gelten wird.

Erst wenn man das über 500 Seiten starke Werk in die Hand nimmt, ist erkennbar, welche Macht die internationale sozialistische Bewegung darstellt. 39 Länderparteien umfassen rund 10.4 Millionen Mitglieder und vereinigen über 66 Millionen Wähler, die ihnen bei den jeweils letzten Wahlen zu den Parlamenten ihre Stimme gaben. Mit weiteren 35 Arbeiter- und sozialistischen Parteien, mit der "Asiatisch-Sozialistischen Konferenz", der "Sozialistischen Union von Zentral-Ost Europa", der "Internationalen Union der Sozialistischen Jugend" und der "Internationalen Union Sozialistischer Lehrer" steht die Internationale in engster Verbindung. Ihr Vorsitzender ist der Generalsekretär der Britischen Labour Party, Morgan Phillips. Der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer und Guy Mollet-Frankreich, sind seine Stellvertreter. Weitere deutsche Mitglieder in der Leitung sind Fritz Heine für das Büro - 4 -

und Herta Gotthelf für das Frauensekretariat. Für Julius Braunthal wurde der bisherige Berater im FV., Bjarne Braatoy, Generalsekretär.

Zu einem Machtfaktor der internationalen sozialistischen Bewegung wird ihre Presse, die im asiatischen Sektor noch sehr in der Entwicklung begriffen ist. Es gibt insgesamt 175 von den Parteien kontrollierte Tageszeitungen mit einer Auflage von rund 5.8 Millionen Exemplaren, eine Wochenpresse, die 147 Blätter mit 1.764 Millionen Ausgaben umfasst. Die halb- und monatlichen Zeitschriften erreichen eine Auflage von über 2.3 Millionen. Die den sozialistischen Parteien nahestehende Presse hat einen weit umfangreicheren Radius. Ihre Gesamtauflage beträgt 13.3 Millionen.

In seiner historischen Darlegung geht Braunthal bis zum 1. November 1864 zurück, an dem der "Generalrat der Internationalen Arbeitervereinigung" seine Statuten annahm und in ihnen erstmalig politische und ökonomische Richtlinien in internationalem Maßstab veröffentlichte. Die deutsche Sozialdemokratie war im Generalrat durch einen "ehrenamtlichen, korrespondierenden Sekretär" vertreten, der - Karl Marx hieß. Historische Daten sind auch den einzelnen Länderorganisationen beigelegt. Wie eine Vorahnung klingen die (vom englischen Text des Jahrbuches zurückübersetzten) Worte des später ermordeten Hugo Haase, wenn er am 4. August 1914 als SPD-Sprecher im Reichstag, während der Debatte um die Kriegekredite erklärt: "Durch einen Sieg des russischen Despotismus, der schon mit dem Blut der Besten seines Volkes gefärbt ist, würde die Zukunft unseres Volkes und seine Freiheit zum grossen Teil, wenn nicht ganz aufs Spiel gesetzt werden". Und eine so wuchtige und furchtlose Rede, wie sie der im Pariser Exil verstorbene Vorsitzende der SPD, Otto Wels, am 23. März 1933 im Reichstag gegen die Nazis hielt, findet sich an einer anderen Stelle des Jahrbuchs, das in seinem deutschen Abschnitt mit dem Dortmunder "Aktionsprogramm" der SPD abschliesst.

Das Bild der internationalen Arbeiterbewegung wird ^{freilich} erst vollständig sein, wenn der "Lincolns-Prager Verlag" das "Jahrbuch der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung" veröffentlicht: das in Vorbereitung ist.

* * *

Minusposten in der CDU-Bilanz

Von Reinhard Rehs, MdB.

Bereits im vorigen Jahr gingen Meldungen durch die Presse, dass der Sonderminister Kraft Nachfolger des demnächst die Altersgrenze erreichenden Präsidenten des Bundesausgleichsamtes für den Lastenausgleich werden sollte, Kraft hat damals diese Meldungen vorsichtig dementiert. Vielleicht hoffte er, nachdem der BHE seinem Kommando "Rechts-ran" nicht gefolgt war, mit Hilfe seiner alten Anhänger in Schleswig-Holstein das mit dem Kanzler abgesprochene Ziel, den BHE aufzureiben und grössere Teile für die CDU zu gewinnen, doch noch zu erreichen.

Diese Spekulation hat sich inzwischen ebenso wie die ganze Kraft'sche Politik mit den Vertriebenen, wenn man insoweit überhaupt von Politik sprechen kann, als Fehlschlag erwiesen. Durch sein Fiasko bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, seine Blamage im Haushaltsausschuss des Bundestages, wo er nicht einmal über die wenigen Positionen in seine Etat Auskunft geben konnte, und durch seine bekannte Kraftwagenaffäre ist er heute auch für die CDU nur noch ein Minusposten in der Bilanz. Offentar deshalb hat man den Gedanken, ihn mit dem Präsidentenposten beim Bundesausgleichsamt abzufinden, wieder aufgegriffen.

Das Bundesausgleichsamt hat gegenwärtig ein Finanzvolumen von rund vier Milliarden jährlich. Um der hiermit verbundenen besonderen Aufgabe gerecht zu werden, sind nicht nur fundierte Bank- und Finanzkenntnisse und -erfahrungen und Beherrschung der finanz-sozial- und arbeitsmarktpolitischen Situationen, sondern auch genaue Kenntnisse der mit dem Lastenausgleich zusammenhängenden, vielfältigen Probleme erforderlich. Und vor allem ist Voraussetzung ein aufgeschlossenes Verständnis für die Fragen, die sich aus der noch weitgehend unbefriedigenden sozialen Lage der Vertriebenen und anderen Lastenausgleichsberechtigten ergeben.

Kraft besitzt nichts von alledem. Wohl hat er einmal seine kurze politische Laufbahn in der Bundesrepublik unter geschickter Ausnutzung der Verhältnisse mit Hilfe gutgläubiger Vertriebener begonnen. Wirkliches Verständnis für ihre sozialen Notwendigkeiten hat er niemals bewiesen. Während der BHE und die Vertriebenenorganisationen das Lastenausgleichsgesetz, das im Bundestag allein die SPD abgelehnt hatte, landauf, landab in Grund und Boden verurteilten, stimmte Kraft als - 6 -

stellvertretender Ministerpräsident in Schleswig-Holstein dem Gesetz zu. Die Möglichkeit, bei seiner Berufung in das jetzige Bundeskabinett durch die Übernahme des Bundesvertriebenenministeriums zu beweisen, dass ihm das Los der Vertriebenen wirklich am Herzen liege, hat er mit der Begründung ausgeschlagen, dass er von diesen Dingen nichts verstehe. Seine zwiespältige Haltung in den politischen Fragen, die für die Vertriebenen als Prüfstein gelten mussten, tat ein übriges. Kraft hat das Vertrauen seiner früheren Vertriebenen-Wähler schamhäftig getauscht. Auch sie wollen von ihm nichts mehr wissen.

Diesen Namen ausgerechnet an die Spitze jenes Amtes zu setzen, dessen spezifische Aufgabe in der Leistung für die Vertriebenen besteht, wäre ein neuer eklatanter Beweis für die Einstellung des Kanzlers und der CDU gegenüber den Vertriebenen.

Die Heimatvertriebenen könnten, von der Methode einer derartigen politischen Abfindung ganz abgesehen, die Einsetzung Kraft auf diesen Posten nur als Provokation betrachten.

* * *

Zweierlei Maßstäbe

In der Spalte "Eine Woche Weltgeschehen" berichtet das Würzburger Katholische Sonntagsblatt in seiner Nr. 30 u. a. auch über die Teilnahme des evangelischen Prälaten Kunst am SPD-Parteitag in München. Es schreibt:

"Der interessanteste Gast auf dem SPD-Tag war jedoch der evangelische Prälat Kunst, der mit der protestantischen Wehrmachtsseelsorge beauftragt ist. Es ist vielleicht klug, aber wenig charaktervoll. Wenn die Protestantische Kirche derart auf zwei Schultern trägt."

Es sei an dieser Stelle nicht untersucht, ob es eine Charakterfrage ist, an Parteitagern der politischen Parteien teilzunehmen. Charaktervoll für einen Geistlichen ist es nach Ansicht des Würzburger Katholischen Sonntagsblattes wahrscheinlich nur dann, wenn Geistliche an Parteiveranstaltungen der CDU/CSU teilnehmen, oder, wie in der Vergangenheit, die Bischöfe von Trier und Speyer mit Dr. Goebbels und Dr. Frick den deutschen Gruss auf Parteiveranstaltungen der NSDAP erweisen oder katholische Geistliche die Ehrenfront der SA und SS auf dem Nürnberger Parteitag abschreiten.

* * *

Notwendige Erinnerung

Wo die eigentlichen Triebkräfte für einen deutschen Wehrbeitrag - unter Ausserachtlassung des Wählerwillens - liegen, wird durch folgende amerikanische Stimmen aus den Jahren 1951/52 deutlich:

"Es wird ganz besonders notwendig sein, neue Quellen für Menschen-

reserven zu finden, die nur aus Deutschland kommen können. Amerika hat ein Recht, für jeden Dollar, den es ausgibt, Kampfkraft im Werte eines Dollars zu erwarten". (New York Times 17.9.51).

*

"Es ist billiger, den Krieg mit Soldaten fremder Nationen zu führen sogar wenn wir sie ausrüsten müssen, als mit amerikanischen Boys und vor allen Dingen sparen wir damit amerikanische Menschenleben". (USA-Senator Taft am 20.5.52).

* * *

Überraschung an der Saar

sp. Der einst allmächtige Hoffmann, fast zehn Jahre lang Ministerpräsident der Saar von Frankreichs Gnaden, denkt nicht daran, von der politischen Bühne abzutreten. Mit grossem Geschick hat er es verstanden, seine CVP (Christliche Volkspartei) auch nach der Saar-Abstimmung vom 23. Oktober vorigen Jahres intakt und manövrierfähig zu halten.

Die nach dieser Zeit geführten Verhandlungen mit der CDU über eine Fusionierung beider Parteien schlugen fehl; auf beiden Seiten gab es unüberwindliche psychologische und politische Schwierigkeiten, obwohl die Bonner Zentrale der CDU keinen Druck auf die Saar-CDU unversteht liess, um sie zu einem Kompromiss mit der Hoffmannpartei zu bewegen. Dieser hätte aber die Saar-CDU vor eine Zerreissprobe gestellt, aus der sie wohl kaum heil hervorgegangen wäre. So drohten ganze Ortsgruppen für den Fall einer Einigung mit Hoffmann mit dem Austritt, im Vorstand selbst gab es heftigen Widerstand gegen einen Zusammenschluss mit der CVP auf der Basis der Gleichberechtigung. Gründe der Selbsterhaltung sprachen dagegen, obwohl Adenauer, um seine schwindenden Heerscharen durch einen Zuzug aus der Saar bei den kommenden Bundestagswahlen aufzufrischen, zum Zusammenschluss drängte. Hier erlitt er die zweite Niederlage an der Saar. Die CDU-Saar versagte sich dem Bonner Werben um Hoffmann.

Noch während die Fusionsverhandlungen zwischen der CVP und der Saar-CDU liefen wurden zarte Fäden zwischen Hoffmann und dem Zentrum gesponnen. Sie verdichteten sich nun zu einem Knoten. Über 1 000 Delegierte eines ausserordentlichen Parteitages der CVP stimmten am Sonntag in Saarbrücken einem Zusammenschluss mit dem Zentrum zu. Diese etwas merkwürdige Verbindung ist wohl im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen zustande gekommen. Hier liegt offensichtlich eine Kehrtwendung Hoffmanns vor, der sich bisher als Statthalter der CDU an der Saar betrachtete und nun eine Fusion mit einer Partei einget, die nicht gerade zu den Freunden Adenauers gehört.

Die Verschmelzung beider Gruppen erfolgte auf dem Boden "gemeinsamer politischer Interessen und Ziele in der Bundesrepublik". Offenbar hat die neue Partei, die sich "Christliche Volkspartei-Zentrum" nennt, nicht unbegründete Hoffnung, im Zuge des kommenden Anti-Adenauer-Sogs mit einigen Mandaten in den Bundestag einzuziehen.

* * *

Verantwortlich: i.V. Albert Exler